



Brücken bauen: Andrássy Universität Budapest

Das Engagement der Baden-Württemberg Stiftung

Editorial

- 3 **„Wir stiften Zukunft in Europa“**
| Von Christoph Dahl, Geschäftsführer der Baden-Württemberg Stiftung

Einleitung

- 4 **„Wir müssen gemeinsame Werte zu einer europäischen Idee verdichten“**
Welche Bedeutung hat Europa für Baden-Württemberg und welchen Beitrag leistet das Bundesland, insbesondere die Baden-Württemberg Stiftung, zur europäischen Integration? | Ein Interview mit Minister Dr. Guido Wolf und Geschäftsführer Christoph Dahl

Wissenschaftliche Publikationen

- 7 **Guten Ideen zur Anwendung verhelfen**
Die im Nomos Verlag herausgegebenen „Andrássy Studien zur Europaforschung“ beleuchten die Demokratie in Mittel- und Osteuropa sowie neue Formen europäischer Governance. | Von Prof. Dr. Ellen Bos

Walter-Hallstein-Programm im Baden-Württemberg-STIPENDIUM

- 10 **Den Blick über den Tellerrand wagen**
Das Walter-Hallstein-Programm im Baden-Württemberg-STIPENDIUM setzt sich für den Austausch und die Zusammenarbeit von Verwaltungen in ganz Europa ein. | Von Johannes Fritsche

Roma

- 11 **Bessere Lebensbedingungen für Roma schaffen**
Die Roma leben in Armut, werden marginalisiert, diskriminiert und vertrieben. Um dem etwas entgegenzusetzen, veranstaltete die Europäische Donau-Akademie im Rahmen der „Duna Romani Luma“-Initiative (deutsch: die Welt der Roma an der Donau) im April 2017 eine Konferenz an der Andrassy Universität Budapest und lobte einen Förderwettbewerb aus. | Von Veronika Renkes

Digitalisierung

- 12 **Chancen und Risiken der Digitalisierung im Fokus**
Die „Central and Eastern European e|Dem and e|Gov Days 2018“ dienen als Plattform, die Forscher, Politiker und Verwaltungsmitarbeiter über E-Democracy und E-Government ins Gespräch bringt. | Von Johannes Fritsche

Verträge von Maastricht

- 13 **„Krisen in der EU, aber nicht der EU“**
Vor 25 Jahren wurden die Verträge von Maastricht unterschrieben. Welche Auswirkungen und aktuellen Herausforderungen gehen mit diesem historischen Ereignis einher? | Ein Gespräch mit den Europaexperten Prof. Dr. Michael Anderheiden und Dr. Claus-Peter Clostermeyer

Danube Participation Day

- 15 **Wissenschaft trifft Bürgerbeteiligung**
Auf dem „Danube Participation Day 2017“ diskutierten Akteurinnen und Akteure aus Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Lokalregierungen und Ministerien aus dem gesamten Donaauraum über die jüngsten Entwicklungen zur Bürgerbeteiligung. | Von Stefan Barth und Theo Glöckner

Maastricht-Tagung

- 17 **Startpunkt des heutigen Europas**
Vom 19. bis 21. Oktober 2017 veranstaltete die Baden-Württemberg Stiftung gemeinsam mit der Andrassy Universität Budapest (AUB) die Tagung „25 Jahre Maastrichter Verträge: Der Startpunkt für das heutige Europa“. Im Spiegelsaal der Andrassy Universität Budapest kamen hochrangige Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Gesellschaft, Wissenschaft und Wirtschaft zusammen. Ein kleiner Überblick über Anlass, Ziele und Botschaften der Tagung. | Von Veronika Renkes



Testimonials

- 8 **„Aus der Not der kargen Anfänge haben wir europäische Tugenden gemacht“**
Die Andrassy Universität Budapest ist ein kleiner, wichtiger Brückenkopf in der transnationalen und europäischen Wissenschaftskooperation. | Von Prof. Dr. iur. Ulrich Hufeld
- 9 **„Ein institutioneller Stabilisator in den deutsch-ungarischen Beziehungen“**
Die vielfältigen Forschungs- und Tagungsprojekte der Andrassy Universität Budapest heben den deutsch-ungarischen Wissenschaftsaustausch auf den modernsten Stand. | Von Prof. Dr. habil. Peter-Christian Müller-Graff



Sonstiges

- 20 **Impressum**

» Wir stiften Zukunft in Europa «

Liebe Leserinnen und Leser,

der Auftrag der Baden-Württemberg Stiftung ist es, die Zukunftsfähigkeit Baden-Württembergs zu fördern und zu sichern. Wir formulieren das einprägsam in dem Ausdruck: „Wir stiften Zukunft“. Zukunft zu stiften heißt für uns ganz besonders, sich für die europäischen Werte und die europäische Einigung einzusetzen. Wir wissen, dass wir ohne diese Grundlagen auf Dauer weder wirtschaftlich, gesellschaftlich noch wissenschaftlich erfolgreich bleiben können. Deshalb richten wir viele unserer Projekte auf den internationalen, insbesondere europäischen Austausch und auf die Integration der Länder aus, die durch die Donau als europäischen Fluss mit unserem Land besonders verbunden sind.

Lange bevor die Donaunraumstrategie der Europäischen Union ins Leben gerufen wurde, hat die Baden-Württemberg Stiftung mit unterschiedlichen Programmen und Projekten die Heranführung und Einbindung der Menschen und Gesellschaften des Donauraums an die europäische Wertegemeinschaft gefördert. Zunächst standen dabei humanitäre und kulturelle Aspekte im Vordergrund. Mehr und mehr haben wir aber auch in Bildung und Wissenschaft investiert. Heute sind unsere Aktivitäten in das Programm *Perspektive Donau: Bildung, Kultur und Zivilgesellschaft* eingebettet. Sein Ziel ist es, einen Beitrag zur erfolgreichen Umsetzung der EU-Donaunraumstrategie zu leisten. Mit dem Walter-Hallstein Programm im Baden-Württemberg-STIPENDIUM setzen wir uns außerdem für den Austausch und die Zusammenarbeit der Verwaltungen in ganz Europa ein.

Ein Leuchtturm unseres Engagements ist die deutschsprachige Andrassy Universität Budapest. Sie wurde seit 2002 von uns gemeinsam mit den Partnern aus anderen Donauländern aufgebaut und unterstützt. Die Andrassy Universität Budapest steht für Dialog, Offenheit und Internationalität und ist ein eindrucksvolles Beispiel dafür, wie Europa zusammenwächst. Hier fand vom 19. bis 21. Oktober 2017 die Tagung „25 Jahre Maastrichter Verträge: Der Startpunkt für das heutige Europa“ statt.

Über die Tagung und weitere Aktivitäten der Baden-Württemberg Stiftung im und für einen gemeinsamen Donauraum können Sie sich im vorliegenden *duz SPECIAL* informieren. Mit dem Rückblick auf die Tagung, die wir mit hochrangigen Vertretern aus Politik, Gesellschaft und Wissenschaft an der Andrassy Universität Budapest veranstaltet haben, signalisieren wir: Europa geht uns alle an. Der Vertrag von Maastricht kann mit Leben erfüllt werden, wenn wir als Europäer zusammenhalten und an gemeinsamen Visionen und Zielen arbeiten, die über nationale Interessen hinausgehen. Nur dann kann die Europäische Union zusammenwachsen. Als Baden-Württemberg Stiftung leisten wir dazu einen Beitrag, indem wir mit unseren Projekten ganz bewusst ein Stück Europa stiften.

Eine anregende Lektüre wünscht Ihnen
Ihr




Christoph Dahl
Geschäftsführer der
Baden-Württemberg Stiftung

» Wir müssen gemeinsame Werte zu einer europäischen Idee verdichten «

Welche Bedeutung hat Europa für Baden-Württemberg und welchen Beitrag leistet das Bundesland, insbesondere die Baden-Württemberg Stiftung, zur europäischen Integration – dazu ein Interview mit Minister Dr. Guido Wolf und Geschäftsführer Christoph Dahl. | Interview: Johannes Fritsche



Dr. Guido Wolf ist seit Mai 2016 Minister der Justiz und für Europa des Landes Baden-Württemberg

Herr Minister Wolf: In Ihrer Rede anlässlich der Feierstunde „60 Jahre Römische Verträge“ im Neuen Schloss in Stuttgart traten Sie dafür ein, das Subsidiaritätsprinzip und die Bürger und die Wertegemeinschaft in Europa wieder ernst zu nehmen. Warum?

Wolf: In der Tat sind Subsidiarität, Bürgernähe und die Akzentuierung unserer gemeinsamen europäischen Werte die strukturellen Leitlinien meiner Europapolitik. Damit will ich die Vertrauenskrise überwinden, in die Europa durch die Finanz-, Euro- und schließlich die Flüchtlingskrise geschlittert ist. Folge dieser Vertrauenskrise war, dass europaskeptische Parteien Aufwind bekommen haben, den sie aber auf dem Kontinent glücklicherweise nicht in durchgreifende Wahlerfolge umsetzen konnten. Darauf dürfen wir uns aber für die Zukunft nicht verlassen. Wir müssen das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Europäische Union zurückgewinnen, indem wir auf die großen Fragen unserer Zeit mutige Antworten finden.

Und wie kommt hier der Subsidiaritätsgrundsatz ins Spiel?

Wolf: Europa verwendet derzeit immer noch große politische Ressourcen auf kleine politische Probleme. Auf Probleme, die besser vor Ort, in den Kommunen, den Regionen und Mitgliedsstaaten gelöst werden könnten. Hier muss sich die Europäische Union zurücknehmen und ihre Kräfte auf die großen Themen wie die Klimapolitik, die Finanz- und Währungsfragen, vor allem aber auf die Flüchtlingspolitik konzentrieren. In allen diesen Bereichen erwarten die Bürgerinnen und Bürger Europas zu Recht rasche und nachhaltige Lösungen. Diese Lösungen müssen wir im Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern finden, Europa muss seine Politik bürgernah gestalten. In Baden-Württemberg schaffen wir deshalb ein Europaforum, in dem die Bürgerinnen und Bürger ihre Vorstellungen über die Zukunft der Europäischen Union einbringen können. Den dort entwickelten Vorschlägen werden wir bei der entsprechenden Diskussion auf europäischer Ebene Gehör verschaffen.

Schließlich will ich das Selbstverständnis Europas als Rechts- und Wertegemeinschaft stärken. Jede politische Gemeinschaft benötigt ein Fundament gemeinsamer Anschauungen, eine gemeinsame Identität, auf der sie bauen kann. Ohne eine gemeinsame Idee, ein starkes verbindendes Element, das die zentrifugalen Kräfte und Interessen integriert, kann keine Gemeinschaft bestehen. Wir müssen daher unsere



Christoph Dahl leitet seit 2010 als Geschäftsführer die Baden-Württemberg Stiftung

gemeinsamen europäischen Werte wie Grundrechte, Demokratie, Solidarität und Rechtsstaatlichkeit zu einer europäischen Idee verdichten. Wir müssen deutlich machen, dass diese europäische Idee viel stärker ist, als die politischen Meinungsverschiedenheiten, wie wir sie im Alltag auch auf europäischer Ebene beobachten können. »

Die Baden-Württemberg Stiftung unterstützt als Impuls- und Ideengeber Wissenschaft, Kultur und Gesellschaft des Landes. Warum sollte die Stiftung auch über die Grenzen Baden-Württembergs hinweg Impulse geben für die sich in der Krise befindliche EU?

Dahl: Baden-Württemberg ist keine Insel.

Wir sind in einer globalen Welt alle miteinander verbunden und auch voneinander abhängig. Deshalb ist es die Aufgabe der Stiftung, zum Wohl des Landes Baden-Württemberg zu prüfen, ob und welche Programme mit Auslandsbezug wir in diesem Sinn gestalten können. Für Baden-Württemberg ist die Beziehung zu den Ländern Mittel- und Osteuropas immer sehr eng gewesen. Deshalb sehen wir unser Engagement für die Andrassy Universität Budapest, für das *Walter-Hallstein-Programm* im *Baden-Württemberg-STIPENDIUM* und für das Programm *Perspektive Donau: Bildung, Kultur und Zivilgesellschaft* als Engagement für die Menschen in Baden-Württemberg und in Europa. Die gemeinsame Verständigung und der Zusammenhalt über Ländergrenzen hinweg sind für die erfolgreiche Entwicklung der Europäischen Union wesentlich.

Zudem will die Baden-Württemberg Stiftung auch das bürgerschaftliche und kulturelle Engagement fördern. Warum ist das wichtig?

Dahl: Baden-Württemberg und die Bundesrepublik Deutschland haben aus ihren historischen Erfahrungen gelernt, dass eine demokratische, freiheitliche Gesellschaft eine gute Basis hat, wenn sie auf einer vielfältigen Zivilgesellschaft aufbauen kann. Politik besteht nicht nur aus Wahlen. Die Bürgerinnen und Bürger sind diejenigen, die im Alltag den Staat und das Gemeinwesen gestalten. Wir wissen, dass das Verhältnis der Bürger zum Staat und die Beteiligung am Aufbau und an der Gestaltung der Gesellschaft – auch wegen der anderen Geschichte nach dem Zweiten Weltkrieg – in den Staaten Mittel- und Osteuropas viel schwächer ausgeprägt ist. Wir wollen helfen, dieses Bewusstsein der eigenen Verantwortung für das demokratische Gemeinwesen zu stärken. Kulturelle Projekte und soziales Engagement sind dabei gute Mittel, um zivilgesellschaftliche Bewegungen sichtbar zu machen und deren positive Wirkungen zu zeigen.

Zurzeit steht die Ausgestaltung des kommenden EU-Rahmenprogramms für Forschung und Innovation (FRP 9) sowie die zuverlässige finanzielle Förderung von Projektpartnern aus der Wirtschaft zur Debatte. Sollte sich die Landesregierung/das Ministerium der Justiz und für Europa für das Hightech-Land Baden-Württemberg in diese Diskussion einmischen? Wenn ja, warum und in welcher Form?

» Jede politische Gemeinschaft benötigt ein Fundament gemeinsamer Anschauungen, eine gemeinsame Identität, auf der sie bauen kann. «

Dr. Guido Wolf

Wolf: Das nächste Forschungsrahmenprogramm (FRP 9) steht im Kontext des sogenannten mehrjährigen Finanzrahmens der Europäischen Union ab 2020. Für Baden-Württemberg als wichtigen Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort ist dieses Forschungsrahmenprogramm selbstverständlich von großer Bedeutung. Daher werden wir uns in die politische Debatte um dieses Programm bereits zu einem frühen Zeitpunkt einbringen. Die Landesregierung wird sich daher noch vor Jahresende grundsätzlich zu diesen Fragen positionieren. Die EU-Kommission wird allerdings erst im ersten Halbjahr 2018 einen konkreten Vorschlag für das neue Forschungsrahmenprogramm unterbreiten.

Baden-Württemberg ist als das Land des Mittelstandes in besonderer Weise am Fortbestehen der Förderprogramme für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) interessiert. Ein besonderes Augenmerk müssen wir dabei auf die Stärkung der Innovationskraft gerade dieser Unternehmen legen. Baden-Württemberg hat in der Vergangenheit von den KMU-Förderprogrammen profitiert und wird sich daher auch in den kommenden Verhandlungen für eine Ausgestaltung einsetzen, die den Bedürfnissen unseres Mittelstandes gerecht wird.

Kann und sollte sich hier die Baden-Württemberg Stiftung einmischen bzw. Impulse geben? Und welche Wünsche würden Sie – wenn Sie für einen Moment die Sicht der von Ihnen geförderten Wissenschaftler einnehmen – an die verantwortlichen Politiker für die Ausgestaltung des nächsten FRP weitergeben? Wo besteht dringender Handlungsbedarf?

Dahl: Zunächst einmal ist es wichtig, dass das nächste Forschungsrahmenprogramm der Europäischen Union nicht zu stark durch den Rückzug Großbritanniens belastet wird und die europäische Förderlandschaft finanziell und im wissenschaftlichen Austausch stabil bleibt. Grundsätzlich sind die Programme der EU sehr stark naturwissenschaftlich-technisch ausgelegt, hier finden unsere baden-württembergischen Forscherinnen und Forscher viele Anknüpfungspunkte. Angesichts der sozialen und politischen Herausforderungen der Zukunft hielte ich große europäische Forschungsprogramme in den Geistes- und Sozialwissenschaften aber gleichermaßen für wichtig.

Ein Leuchtturmprojekt der Stiftungsaktivitäten ist die Förderung der Andrassy Universität Budapest in Ungarn. Infolge der dortigen politischen Entwicklung sind auch im Forschungs- und Universitätsbereich die Rahmenbedingungen erschwert. Warum unterstützen Sie ein solches Projekt und sind auch in schwierigen Zeiten dort präsent?

Dahl: Eine Einrichtung wie die Andrassy Universität Budapest ist ein wichtiger Baustein im Dialog der europäischen Völker. Gerade die Länder Südosteuropas haben durch die Zeiten des Sowjetkommunismus ganz andere Erfahrungen als die westlichen europäischen Länder. Vor diesem Hintergrund ist eine Einrichtung, die sich als gemeinsame Initiative verschiedener Länder des Donaauraums dem Dialog und der Verständigung verschrieben hat, wichtig und notwendig.



Die Auseinandersetzung mit den europäischen Werten, den Rechtssystemen Europas und der Verfassung der Staaten im Dialog einer universitären Gemeinschaft aus Lehrenden und Lernenden, die aus vielen verschiedenen Ländern, insbesondere Südosteuropas, stammen, legen Grundlagen für ein freiheitliches und demokratisches Europa. Die Andrassy Universität Budapest leistet einen wichtigen Beitrag zur Integration Südosteuropas in die Europäische Union. Die Baden-Württemberg Stiftung hat deshalb aus Überzeugung die Andrassy Universität Budapest gemeinsam mit der Universität Heidelberg beim Aufbau der Fakultät für Vergleichende Staats- und Rechtswissenschaften tatkräftig unterstützt. Wir haben dies von Beginn an bis zu diesem Jahr gerne getan und auch durch schwierige Zeiten geholfen. Daher freuen wir uns besonders, dass das Land Baden-Württemberg die Unterstützung für die Andrassy Universität Budapest fortsetzen möchte.

Wolf: Die Unterstützung der Andrassy Universität Budapest ist für mich aus ganz unterschiedlichen Gründen wichtiger denn je. Neben der Ausbildung geeigneten Personals für leistungsfähige und rechtsstaatliche Verwaltungen leistet sie einen wichtigen Beitrag zur Vernetzung der Hochschulen in der Europäischen Union. Zugleich dient der Austausch deutscher Universitäten mit der Andrassy Universität Budapest der transnationalen Bildung und stärkt Deutsch als Wissenschaftssprache in Europa. Schließlich ist die Andrassy Universität Budapest ein in dieser Form einzigartiges europäisches Projekt. Die Förderung der Universität durch Österreich, Deutschland, Baden-Württemberg, Bayern und Ungarn ist ein ganz praktisches Beispiel für ein gelebtes Europa. Deshalb bin ich dafür, dass sich die Landesregierung auch künftig für die Andrassy Universität Budapest engagiert und damit ein deutliches Zeichen für die europäische Zusammenarbeit in Forschung und Lehre setzt.

*» Die Andrassy Universität
Budapest leistet einen
wichtigen Beitrag zur
Integration Südosteuropas in
die Europäische Union.*

Christoph Dahl

Lenken wir zum Abschluss einen Blick auf den „Ausschuss der Regionen“ und dem mit ihm verbundenen Ziel, ein Europa zu gestalten, das seine Bürger mitnimmt: Wird dieses Gremium in Zeiten wachsender EU-Verdrossenheit künftig mehr an Bedeutung gewinnen?

Wolf: In der Europäischen Union ist der Ausschuss der Regionen das einzige Organ, das originär regionale und lokale Interessen vertritt. Bürgermeister, Landräte und Minister können dort ihre Expertise einbringen und die Interessen und Belange der Regionen und Kommunen vertreten. Der Ausschuss der Regionen leistet damit einen wichtigen Beitrag für eine bürger- und praxisnahe Politik. Das hilft, den Subsidiaritätsgrundsatz zu wahren und die Zustimmung zur Politik der Europäischen Union vor Ort zu erhöhen. Ich trete daher selbstverständlich dafür ein, dieses Gremium weiter zu stärken.

Inwieweit kann eine Stiftung wie die Baden-Württemberg Stiftung in einem solchen Kontext wirksam(er) sein und auch die Belange von Forschung und Bildung innerhalb Europas stärken?

Dahl: Die Baden-Württemberg Stiftung ist eine Stiftung, bei der das Bundesland Baden-Württemberg im Fokus steht. Indirekt wirkt sich das natürlich auf Europa aus, da Forschung und Bildung länderübergreifende Themen sind. Richtig ist, dass der Austausch mit international bedeutsamen Spitzenwissenschaftlern für die internationale Wettbewerbsfähigkeit von Forschungseinrichtungen unerlässlich ist. Mit dem Programm *Internationale Spitzenforschung* finanzieren wir gezielt die Kooperation zwischen im Land ansässigen Forschergruppen und internationalen, herausragenden Spitzenwissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern. Ziel des Programms der Baden-Württemberg Stiftung ist es, international sichtbare und konkurrenzfähige Forschungsprojekte zu ermöglichen, die für die Reputation und Profilbildung der Forschungseinrichtung von großer Bedeutung sind. ■

Guten Ideen zur Anwendung verhelfen

Die im Nomos Verlag herausgegebenen „Andrássy Studien zur Europaforschung“ beleuchten die Demokratie in Mittel- und Osteuropa sowie neue Formen europäischer Governance. | Von Prof. Dr. Ellen Bos

Die Reihe „Andrássy Studien zur Europaforschung“ dokumentiert wichtige Forschungsleistungen der Fachbereiche Politikwissenschaft, Wirtschaftswissenschaften, Rechtswissenschaften sowie Geschichts- und Kulturwissenschaften an der Andrássy Universität Budapest (AUB). Die wissenschaftliche Reihe befasst sich mit den folgenden Forschungsschwerpunkten:

- Integrationsprozesse in der Europäischen Union,
- Qualität der neuen Demokratien und Marktwirtschaften in Mittel- und Osteuropa,
- Auseinandersetzung mit der kommunistischen Vergangenheit in Mittel- und Osteuropa und ihrer Wirkung auf die Entwicklung der Demokratie,
- Identitäten: Kulturen und Minderheiten im Donauraum.

Publiziert werden Konferenzbände zu wissenschaftlichen Tagungen sowie herausragende Dissertationen und Forschungsarbeiten. Von besonderer Bedeutung sind die Publikationen des Zentrums für Demokratieforschung, die aus Forschungsarbeiten entstanden sind und auf Konferenzen diskutiert wurden – wie zum Beispiel:



Verfassungsgebung in konsolidierten Demokratien: Neubeginn oder Verfall eines politischen Systems?

Ellen Bos / Kálmán Pócsa (Hrsg.),
Baden-Baden, 2014

Die vergleichende Untersuchung beschäftigt sich mit der Bedeutung von Verfassungsänderungen in konsolidierten Demokratien. Untersucht wird unter anderem das 2011

verabschiedete ungarische Grundgesetz. Zentrale Frage ist, ob Verfassungsänderungen in konsolidierten Demokratien die Leistungsfähigkeit der Demokratien erhöhen oder – ganz im Gegenteil – ein Verfallsphänomen darstellen.



Die EU-Strategie für den Donauraum auf dem Prüfstand: Erfahrungen und Perspektiven

Ellen Bos / Christina Griessler / Christopher Walsch (Hrsg.),
Baden-Baden, 2017

Die EU-Strategie für den Donauraum wurde 2011 als zweite makroregionale Strategie der Europäischen Union verabschiedet. Der

Sammelband bilanziert die ersten Jahre der Umsetzung der EU-Strategie und diskutiert Defizite und Zukunftsperspektiven. Ergänzend kommt ein Vergleich mit anderen makroregionalen Strategien und regionalen Kooperationsinitiativen hinzu.



Das Konzept des (Staats-)Bürgers

Zoltán Tibor Pállinger (Hrsg.),
Baden-Baden, 2014

In dem Sammelband diskutieren Wissenschaftler und Praktiker die Relevanz des traditionellen Konzepts des Staatsbürgers im Zeitalter von Globalisierung und europäischer Integration. Erörtert werden ganz konkrete Fragestellungen aus politik-, rechts- und wirtschaftswissenschaftlicher Perspektive.

Ein Blick auf die Wirkung der „Andrássy Studien zur Europaforschung“ zeigt: Die in der Reihe veröffentlichten Publikationen unterstützen demokratische Entwicklungen und die Zivilgesellschaft in Mittel- und Osteuropa. Sie leisten einen wichtigen Beitrag zum Entstehen neuer Formen der Governance in den Ländern des Donauraums und sie stärken die europäische Integration dieser Länder. Die Publikationen haben einen wichtigen Anteil daran, dass sich die AUB als kompetente und seriöse Informationsquelle über Ungarn und die Donauregion etabliert hat. ■

Prof. Dr. Ellen Bos ist Leiterin des Lehrstuhls für Vergleichende Politikwissenschaft und Prorektorin der Andrássy Universität Budapest.

» Aus der Not der kargen Anfänge haben wir europäische Tugenden gemacht «

Die Andrassy Universität Budapest (AUB) ist ein kleiner, aber sehr wichtiger Brückenkopf in der transnationalen und europäischen Wissenschaftskooperation.

| Von Prof. Dr. iur. Ulrich Hufeld



Prof. Dr. iur. Ulrich Hufeld war von 2003 bis 2008 als Professor für Staats- und Europarecht und Gründungsdekan an der Andrassy Universität Budapest tätig. Heute hat er einen Lehrstuhl für Öffentliches Recht und Steuerrecht an der Helmut-Schmidt-Universität (UniBW) Hamburg inne. Als Gastprofessor ist er der AUB verbunden geblieben.

Was war für Sie ein besonders spannendes Projekt, das Sie an der AUB verwirklichen konnten?

Das Projekt bestand zuallererst darin, eine politisch versprochene Universitätsgründung Wirklichkeit werden zu lassen. Wir haben nichts, rein gar nichts, vorgefunden – keine Infrastruktur, kein Buch. Das Universitätsgebäude, das großartige Palais Festetics, war erst zum zweiten Studienjahr, ab Herbst 2003, bezugsfertig. Aus der Not der kargen Anfänge haben wir akademische und europäische Tugenden gemacht. Die Studierenden aus Ungarn und Deutschland, bald auch aus weiteren Ländern, haben sich mühelos angenähert und angefreundet, gelegentlich auch geheiratet. Die deutsche Sprache und die gemeinsamen europäischen Themen haben uns zusammengeführt. Der AUB-Mikrokosmos verdankt der ersten Generation einen Gründungscharakter, der bis heute fortlebt. Die allerersten Studierenden der Fakultät für Vergleichende Staats- und Rechtswissenschaften waren überwiegend Ungarinnen, bereit, sich noch vor dem EU-Beitritt am 1. Mai 2004 auf Rechtsvergleichung und Europarecht einzulassen. Dass bereits aus dieser ersten Gruppe einige wenige Absolventinnen in europäischen Institutionen Fuß fassen konnten, war allerdings ein eminenter „Projekterfolg“.

Wie wichtig war für Sie bzw. Ihren Lehrbereich die Kooperation mit der Baden-Württemberg Stiftung? Was hat diese Ihnen ermöglicht, was so ggf. nicht möglich gewesen wäre?

Für die Fakultät Vergleichende Staats- und Rechtswissenschaften war die Kooperation mit der Baden-Württemberg Stiftung von größter Bedeutung. Die Stiftung war keineswegs nur Financier, sondern aufmerksame, stets ansprechbare Begleiterin. Sie bot uns Rückhalt, wenn wir in der komplexen Trägerstruktur mit ernsthaften Schwierigkeiten zu kämpfen hatten. So hat die Stiftung den Aufbau der deutschsprachigen juristischen Bibliothek für Europarecht und den Zugang zur wichtigsten Datenbank unterstützt. Ohne diese und manch andere Rückversicherung hätten wir in den ersten Jahren die akademische Grundausrüstung nicht gewährleisten können. Mit den Vertretern der Stiftung haben wir nicht nur Finanzierungs- und Organisationsfragen besprochen, sondern auch konkrete

Fördermaßnahmen im Austausch mit Baden-Württemberg, für „outgoing“- und „incoming“-Studierende.

Besonders wichtig: Die Stiftung hat nicht über Nacht Erfolge verlangt, sondern strategische Geduld bewiesen. Hier treffen sich akademisches Leben und Stiftungsarbeit – langer Atem, Interesse an langlebigen Strukturen: Stammvermögen mit ewiger Dividende, Vertrauen in das „ergebnisoffene Abenteuer Wissenschaft“.

Welche wichtige Rolle spielt eine Institution wie die AUB für die ungarisch-deutsche Wissenschaftskooperation?

Die AUB ist ein kleiner, wichtiger Brückenkopf in der transnationalen und europäischen Wissenschaftskooperation. Nicht gegen Ungarn, sondern in ungarisch-europäischer Partnerschaft muss sie sich eigensinnig behaupten in einem Land, dessen politische Elite derzeit befremdlich autoritär Freund und Feind sortiert. Eben deshalb dürfen sich die Gründer und Träger der AUB nicht zurückziehen, muss die AUB im besten Sinne „Europauniversität“ bleiben. Sie muss die Europaflagge und die Fahne der Freiheit hochhalten, gegen Zuchtmeisterei und antiplurale Engführung. Ohne Pluralismus ist das „ergebnisoffene Abenteuer Wissenschaft“ nicht zu haben.

Was war das Besondere für Sie daran, an einem Projekt wie der AUB mitzuwirken?

Ich habe unfassbar sprachbegabte und wissbegierige Studentinnen und Studenten erlebt. Ich habe Land und Leute in Ungarn lieben gelernt – und ebenso aufregend: In den AUB-Gründungsjahren habe ich auch „nicht ungarische Auslandserfahrung“ gesammelt und zum Beispiel mit österreichischen und schweizer Kollegen zusammengearbeitet wie nie zuvor oder danach. Fachlich habe ich meine Schwerpunkte in Forschung und Lehre entschieden europäisiert. Und: Transnationale Kooperation der Universitäten im Zeichen der Offenheit, Abenteuerlust und gemeineuropäischen Freiheit der Studierenden wird uns noch besser wappnen gegen Paternalismus und Autoritarismus aller Art. ■

» Ein institutioneller Stabilisator in den deutsch-ungarischen Beziehungen «

Die vielfältigen Forschungs- und Tagungsprojekte der Andrassy Universität Budapest (AUB) heben den deutsch-ungarischen Wissenschaftsaustausch auf den modernsten Stand.

| Von Prof. Dr. habil. Peter-Christian Müller-Graff

Prof. Dr. habil. Peter-Christian Müller-Graff

ist Seniorprofessor an der Juristischen Fakultät der Universität Heidelberg.

Als Rektoratsbeauftragter der Universität Heidelberg koordinierte er die Zusammenarbeit zwischen der Baden-Württemberg Stiftung, der Universität Heidelberg, der Andrassy Universität Budapest (AUB) und dem Land und verhandelte den Kooperationsvertrag zwischen der AUB und der Universität Heidelberg. Zudem organisierte er den Beginn des Lehrbetriebs im Bereich der Vergleichenden Staats- und Rechtswissenschaften im Herbst 2002 und wirkt als Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des Donau-Instituts der AUB.



Was ist für Sie das Besondere, an einem Projekt wie der AUB mitzuwirken?

Die Gründungs- und Motivationsidee der deutschsprachigen Andrassy Universität in Budapest wird sinnbildlich in deren optischem Signet verkörpert: der (Erszébet-)Brücke über die Donau. Es symbolisiert die Mittleraufgabe, die der deutschsprachige Kulturraum und die einzigartig außerhalb dessen angesiedelte Andrassy Universität Budapest für die Zukunft Mitteleuropas in der Europäischen Union wahrnehmen: akademisch-wissenschaftlich und europäisch-kulturell.

Welche besonderen Erfolge sind aus diesem Projekt entstanden?

Ziel der Förderung, speziell der Baden-Württemberg Stiftung, ist die Bildung eines vor allem (wiewohl nicht nur) aus Mittel- und Osteuropa stammenden, in deutscher Sprache kommunikationsfähigen europäischen Führungsnachwuchses. Seit der Inauguration dieser ungarischen Universität durch die Staatspräsidenten Ungarns und Deutschlands konnten sich in deren Master- und Promotionsprogrammen zahlreiche hoch talentierte Studierende auf ihre Aufgaben im Rechtswesen, in Wirtschaft, Verwaltung, Politik und Diplomatie wissenschaftlich vorbereiten und erfolgreich in entsprechende nationale und internationale Positionen gelangen. Daran hat die Kooperation zwischen der Baden-Württemberg Stiftung und der an der Qualitätssicherung in den Vergleichenden Staats- und Rechtswissenschaften mitwirkenden Universität Heidelberg seit Anfang an einen essenziellen Anteil.

Andrassy Universität Budapest:
herausragende Mittlerfunktion
für die Zukunft Mitteleuropas
in der Europäischen Union



Welche wichtige Rolle hat Ihr Projekt im Kontext ungarisch-deutscher Beziehungen?

Die vielfältigen Forschungs- und Tagungsprojekte der Andrassy Universität Budapest gewährleisten den deutsch-ungarischen Wissenschaftsaustausch auf dem stets modernsten Stand. Damit wirkt sie als institutioneller Stabilisator in den deutsch-ungarischen Beziehungen im Sinne der europäischen Tradition von Forschung und Lehre. Vorlesungen, Seminare und Vorträge an der Andrassy Universität Budapest sind in deren offener Internationalität eine faszinierende Aufgabe. ■

Den Blick über den Tellerrand wagen

Das Walter-Hallstein-Programm im Baden-Württemberg-STIPENDIUM ermöglicht Verwaltungsfachpersonal, Einblicke in die Abläufe und Arbeitsweisen der Verwaltungen anderer europäischer Länder zu gewinnen. | Von Johannes Fritsche



Das Walter-Hallstein-Programm kann als die Europalinie im Baden-Württemberg-STIPENDIUM beschrieben werden. Zum einen werden damit Projekte von Gemeinden, Landkreisen, Regionen, Ministerien, Kammern, Verbänden und anderen öffentlichen Trägern unterstützt. Zum anderen werden Studierende und junge Berufstätige zu einem projektbezogenen Austausch innerhalb Europas ermutigt.

Ziele und Schwerpunkte

Beim Start im Jahr 2002 lag der Schwerpunkt des Walter-Hallstein-Programms im Baden-Württemberg-STIPENDIUM (BWS-WHP) auf Mittel- und Osteuropa. Es ging insbesondere darum, die europäische Integration der Länder Mittel- und Osteuropas voranzubringen. Die Stipendien wurden für Praktikantinnen und Praktikanten, Studierende und Verwaltungsbedienstete der Staaten Mittel- und Osteuropas in Verwaltungseinheiten des Landes mit europäischen Aufgaben und in europäischen Einrichtungen eingesetzt.

Weiterentwicklung

Im Jahr 2016 wurde das Programm erweitert: „Heute gilt ein gesamteuropäischer Fokus mit Themenstellungen im aktuellen Kontext“, erklärt Dr. Andreas Weber, Abteilungsleiter Bildung und Prokurist der Baden-Württemberg Stiftung. Dazu zählen Themenbereiche wie zum Beispiel nachhaltige Mobilität, E-Government, Dienstleistungen für den Bürger, Demografie und Nahversorgung im ländlichen Raum. Antragsberechtigt sind Studierende mit Verwaltungsbezug und Verwaltungen, die bilaterale Projekte mit Partnern aus Europa durchführen wollen. „Verwaltungen aus Baden-Württemberg können aus erster Hand erfahren, wie beispielsweise die estnische Hauptstadt Tallin ihre Digitalisierungsstrategie umsetzt und welche Chancen sich dadurch für E-Government und lokale Start-ups ergeben. Oder angehende Verwaltungsangestellte können lernen, wie Stockholms Kommunalverwaltung gleichzeitig eine nachhaltige Mobilität und die Lebensqualität ihrer Bürger fördert“, erläutert Weber den angestrebten Wissensaustausch. ■

„Unermesslicher Mehrwert“

Zu den Stipendiatinnen, die vom BWS-WHP beruflich und persönlich profitiert haben, gehört Csilla Csapo. Zunächst studierte sie an der Corvinus-Universität Budapest Verwaltungswissenschaft und schloss mit Diplom ab. Im Rahmen des BWS-WHP absolvierte sie während ihres Diplomstudiums im Jahr 2005 ein Praktikum im Landratsamt Esslingen. Die positive Erfahrung als Stipendiatin im BWS-WHP war ein Hauptgrund, warum sie sich für den Masterstudiengang Europäisches Verwaltungsmanagement der Hochschulen Kehl und Ludwigsburg entschieden hat. Für Pflichtpraktika, die sie für das Masterstudium absolvierte, erhielt sie ebenfalls ein Stipendium im BWS-WHP. Im Herbst 2008 arbeitete sie drei Monate lang als Praktikantin im Donaübüro Ulm, wo sie unter anderem die Internationale Donaufrauenkonferenz Ulm und die Donaukonferenz in Brüssel organisierte. Im Winter 2008/2009 war sie dann drei Monate im Europabüro der baden-württembergischen Kommunen in Brüssel tätig. Sie besuchte dort für die Kommunen relevante Sitzungen und Veranstaltungen im Europäischen Parlament und im Ausschuss der Regionen.

Auch dank des Stipendiums im BWS-WHP ist sie Baden-Württemberg treu geblieben. Heute arbeitet sie im Akademischen Auslandsamt der Hochschule Ulm, wo sie unter anderem ein länderübergreifendes Hochschulnetzwerkprojekt im Donaoraum leitet. Zugleich ist sie als Beauftragte für Chancengleichheit an der Ulmer Hochschule tätig. Für die einstige Stipendiatin des Walter-Hallstein-Programms im Baden-Württemberg STIPENDIUM steht fest: „Die Praktika haben einen unermesslichen beruflichen als auch privaten Mehrwert. Während dieser Zeit habe ich für meine Zukunft sehr nützliche Kontakte und privat lang anhaltende Freundschaften geknüpft.“

Walter Hallstein

Mit seinem Namen erinnert das Walter-Hallstein-Programm im Baden-Württemberg-STIPENDIUM an den großen Europäer und Wahlstuttgarter Walter Hallstein (1901–1982). Der Jura-Professor war von 1951 bis 1958 Staatssekretär im Auswärtigen Amt und während der Kanzlerschaft Konrad Adenauers Chefunterhändler bei den Verhandlungen zu den europäischen Verträgen in den 50er-Jahren. 1958 wurde Hallstein der erste Präsident der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Das Time Magazin kürte ihn in den 50er-Jahren zum „Mister Europa“.

Bessere Lebensbedingungen für Roma schaffen

Die Roma leben in Armut, werden marginalisiert, diskriminiert und vertrieben. Um dem etwas entgegenzusetzen, veranstaltete die Europäische Donau-Akademie (EDA) im Rahmen der „Duna Romani Luma“-Initiative (deutsch: die Welt der Roma an der Donau) im April 2017 an der Andrassy Universität Budapest (AUB) eine Konferenz und lobte einen Förderwettbewerb aus. | Von Veronika Renkes

„Die Integration der Roma ist eines der Hauptthemen des Donauraums.“ Damit unterstrich Prof. Dr. Ellen Bos, Prorektorin der Andrassy Universität Budapest, gleich zu Beginn der Roma-Konferenz die Wichtigkeit dieses Themas für Mittel- und Osteuropa. Denn rund 80 Prozent der etwa 12 Millionen europäischen Roma leben in Rumänien, Bulgarien, der Slowakei, Ungarn und Serbien. Nach dem Zerfall der kommunistischen Regime haben sich die Lebensbedingungen für die meisten Roma dramatisch verschlechtert. Viele verloren ihre Arbeit. Armut, Analphabetismus und Marginalisierung nahmen rasant zu. Diese Faktoren förderten gemeinsam mit Kürzungen von Sozialprogrammen eine Zunahme der Migrationsströme in Richtung Westen.

Die Roma-Konferenz und der Ideenwettbewerb sind Teil der „Duna Romani Luma“-Initiative der Europäischen Donau-Akademie, die die Bildungs-, Beschäftigungs- und Integrationschancen der Roma verbessern will. Mit dem Projektwettbewerb wurden viele kleine, konkrete und unmittelbare Projekte angesprochen, um neue Projektideen zu generieren. Die Roma-Konferenz leistete einen Beitrag zum Erfahrungsaustausch und gab den Teilnehmenden die Möglichkeit, gemeinsam Lösungen zu aktuellen Herausforderungen auszuarbeiten.

Der Ideenwettbewerb fand mit 47 Projektideen aus acht Donauländern große Resonanz. Die folgenden fünf Projekte wurden mit Förderbeträgen zwischen 1.200 und 3.400 Euro ausgezeichnet:

1. Barvale Terne Roma von Young Roma Maramures, Rumänien: eine Workshop-Reihe für junge Roma, um das Selbstwertgefühl der Roma und das Bewusstsein der Mehrheitsgesellschaft für die Roma-Kultur zu stärken.

2. Die RoUM-Initiative von ProPuh Social Innovations, Kroatien: ein Projekt zur Vermarktung ökologischer, handgearbeiteter Kunstwerke von Roma-Künstlern im Internet.
3. Die magische Kraft der Frau von der Stiftung Huba, Bulgarien: eine Workshop-Serie für Frauen, um ihr Selbstwertgefühl zu stärken und Gewalt und Menschenhandel zu verhindern.
4. Ein Mentoring- und Karriereentwicklungsprojekt für Roma-Gymnasiasten von der Vereinigung der Roma-Intellektuellen, Serbien.
5. Ein Festivalprojekt der Uccu Roma Informal Education Foundation, Ungarn: Workshops zur Roma-Kultur, die auf dem Ördögkatlan-Festival im August 2017 stattfanden.

Die Projekte werden eigenständig von den Projektträgern umgesetzt. „Durch die Auszeichnung haben sie eine bessere Sichtbarkeit erhalten und sind so auch interessant für weitere Förderer“, berichtet Paul F. Langer von der EDA und Mitinitiator der „Duna Romani Luma“-Initiative. Darüber hinaus ist der Wettbewerb laut Langer ein Impulsgeber für kleine Organisationen, um eigene Projekte zu entwickeln und sich am Wettbewerb im nächsten Jahr zu beteiligen. ■



„Duna Romani Luma“-Initiative:
Das Selbstwertgefühl der Roma stärken



Europäische Donau-Akademie:

Ziel der Europäischen Donau-Akademie (EDA) ist, die Zusammenarbeit in Wissenschaft, Bildung, Kultur, Politik und Medien im Donauraum zu stärken. Mit ihrem Netzwerk und ihren Projekten fördert die EDA den kulturellen und wissenschaftlichen Austausch sowie den Integrationsprozess in Südosteuropa.
www.donauakademie.eu

Chancen und Risiken der Digitalisierung im Fokus

Die „Central and Eastern European e|Dem and e|Gov Days 2018“ dienen als Plattform, die Forscher, Politiker und Verwaltungsmitarbeiter über E-Democracy und E-Government ins Gespräch bringt. | Von Johannes Fritsche



Wichtiges Element zur Demokratisierung:
der Zugang zur Informations- und Kommunikationstechnologie

Seit 2014 werden die „Central and Eastern European e|Dem and e|Gov Days“ in Budapest veranstaltet, zuletzt im Mai 2017. Schon die von der Österreichischen Computer Gesellschaft (OCG) 2003 bis 2011 organisierten Vorgängerveranstaltungen „Eastern European E-Government Days“ dienten dem Zweck, Verwaltungsmitarbeiter/-innen und Forscher/-innen der Region zusammenzuführen. Nach der Wiederaufnahme 2014 und 2015 hat sich diese Konferenzserie wieder als jährliche feste Einrichtung etabliert. Gleichzeitig dient die Veranstaltung dazu, die wissenschaftlichen Beziehungen zwischen den Hochschulen Kehl und Ludwigsburg mit der Andrassy Universität Budapest und der Nationalen Universität für den öffentlichen Dienst Ungarns zu intensivieren.

„Stand 2014 die Frage der europäischen Identität im Zusammenhang mit dem „e“ im Mittelpunkt, so lag der Fokus 2015 auf einem Workshop des Komitees zu Demokratie und Regierungsführung des Europarats sowie das Thema Bürgerbeteiligung“, berichtet Robert Müller-Török. Er ist Professor für Informationsmanagement/Verwaltungsinformatik an der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg, wo er zugleich auch als Senatsbeauftragter für den Donauraum wirkt.

Im Jahr 2016 ging es um Transparenz durch E-Government und E-Democracy, während 2017 das Thema „Digital Divide“ (digitale Kluft) beim Zugang zur Informations- und Kommunikationstechnologie im Zentrum stand. Dieses Thema ist insbesondere angesichts neuer Teilnehmergruppen aus Moldau und der Ukraine relevant. Darüber hinaus war Hate Speech als Phänomen des Diskurses im Internet Thema eines eigenen Workshops mit anschließender Paneldiskussion.

Optimierungsbedarf besteht nach wie vor beim Wissenstransfer. „Leider beobachten wir eine vergleichsweise geringe Bereitschaft der deutschen Hochschulen, aber auch der Verwaltungen, Erkenntnisse und gute Praktiken aus den Staaten Mittel- und Osteuropas anzunehmen“, bedauert Müller-Török. Doch abgesehen davon konnte die Veranstaltung zum Thema E-Government eine Reihe neuer Vorhaben unter Beteiligung der Hochschule Ludwigsburg anstoßen. Ein konkretes Beispiel dafür ist das Projekt „ERP-System-based Training for Students and Practitioners of Public Administration in the Danube Region“. ERP steht für Enterprise Resource Planning. Es handelt sich um eine Softwarelösung zur Ressourcenplanung einer Organisation. „Für die Hochschule Ludwigsburg hat sich aus den Veranstaltungen zudem eine neue Hochschulpartnerschaft mit der Universität Babes-Bolyai in Cluj-Napoca (Rumänien) ergeben“, berichtet Müller-Török. Und generell habe die Hochschule Ludwigsburg die Partnerschaften mit den ungarischen Partneruniversitäten in den letzten Jahren auf eine neue Ebene gehoben: Während früher das Kennenlernen und der interkulturelle Austausch auf Besuchsreisen dominierten, sind es seit 2012 die gemeinsamen Forschungsvorhaben und der gemeinsame, prüfungsrelevante Regelunterricht. „Auch dazu haben die CEEeGovDays einen wertvollen Beitrag geleistet“, ist Robert Müller-Török überzeugt. ■

» Krisen in der EU, aber nicht der EU «

Vor 25 Jahren wurden die Verträge von Maastricht unterschrieben. Ein Gespräch mit den Europaexperten Prof. Dr. Michael Anderheiden und Dr. Claus-Peter Clostermeyer über Auswirkungen und aktuelle Herausforderungen des historischen Ereignisses.

| Interview: Johannes Fritsche

Am 7. Februar 1992 unterzeichnete der Europäische Rat im niederländischen Maastricht die Verträge, die die Europäische Union ins Leben riefen. Nach Maastricht wurden die EU-Verträge noch zweimal erweitert, 1997 in Amsterdam und 2007 in Lissabon. Maastricht ist aber der mit Abstand bedeutendste dieser Verträge, weil hier eine wertebasierte politische Union eine wirtschaftspolitische Gemeinschaft als Mittel der Friedens- und Wohlstandssicherung ablöste.

Heute befindet sich die EU fraglos in einer Krise. Haben bestimmte Regeln der Verträge von Maastricht dazu beigetragen? Oder die Tatsache, dass wichtige Regeln nicht eingehalten wurden?

Anderheiden: Da würde ich widersprechen. Wir haben Krisen in der EU, aber seit den Wahlen in Frankreich keine Krise der EU mehr. Die EU arbeitet in vielen Politikfeldern fast geräuschlos, routiniert und im Ganzen sehr erfolgreich. In anderen Bereichen gibt es handfeste Krisen, hervorgerufen durch einzelne Mitgliedsstaaten wie Polen und Großbritannien, oder durch fehlende oder verfehlte politische Einigung, wie in der Frage eines europäischen Einwanderungsgesetzes.

Clostermeyer: Das Wort „Krise“ ist der Punkt, an dem das Alte vergangen, das Neue aber noch nicht geboren ist. An einem solchen Punkt stehen die Europäer und müssen nun über ihren weiteren Weg entscheiden. Mit dem Vertragswerk von „Maastricht“ hat dies erst einmal nichts zu tun. Primär geht es um politischen Willen und praktisches Handeln, um die Möglichkeiten des Vertragswerks auszuschöpfen.

Hat die EU-Osterweiterung den Inhalt und den Geist der Verträge von Maastricht überfordert?

Anderheiden: Nein, für sich genommen war und stellt die Osterweiterung kein Problem für die Vertragsinhalte dar. Eher ist es umgekehrt so, dass sich aus jeweils nationalen Gründen sehr unterschiedliche



Prof. Dr. Michael Anderheiden ist Leiter des Lehrstuhls für Europäisches Öffentliches Recht und seine Grundlagen an der Andrassy Universität Budapest.



Dr. Claus-Peter Clostermeyer, Ministerialdirigent a. D., leitete u. a. die Vertretung des Landes Baden-Württemberg beim Bund in Berlin und die Abteilung Europapolitik, Internationale Angelegenheiten und Protokoll im Staatsministerium in Stuttgart.

Probleme anhäufen: Zur anhaltenden Korruption in Rumänien oder Bulgarien, auch Kroatien, kommen bedenkliche Entwicklungen in Bezug auf die Zivilgesellschaft und Opposition in Ungarn, Polen, teilweise der Slowakei hinzu.

Clostermeyer: „Maastricht“ ist die Frucht jahrzehntelanger Zusammenarbeit der „alten“ Mitgliedsstaaten. Ein Souveränitätsverzicht – besser, die gemeinsame Wahrnehmung von Souveränitätsrechten – ist aber für die Staaten Mittel- und Osteuropas nach Jahrzehnten unter sowjetischer Vorherrschaft keine Selbstverständlichkeit.

Ist nicht die einheitliche Währung bei uneinheitlicher Wirtschaftskraft ein wesentlicher Grund für die Krise?

Anderheiden: Die Eurokrise halte ich bei aller unbestreitbarer Bedeutung nicht für die schlimmste Krise: auch im unwahrscheinlichen Fall eines Auseinanderfallens der Eurozone würde meiner Einschätzung nach die EU als politische Einheit bei entsprechendem politischen Willen erhalten bleiben.

Clostermeyer: Nicht der Euro, sondern Unterschiede der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit sind der Kern des Problems. Die immer wieder beschworene Möglichkeit, ohne den Euro die nationalen Währungen abwerten zu können, wäre kein Allheilmittel.



Am Wendepunkt: Die Europäer müssen entscheiden, wie es 25 Jahre nach dem Vertragswerk von „Maastricht“ weitergeht

Verbesserungen der Wettbewerbsfähigkeit im Export müssten mit vielerlei Nebenwirkungen für Staat, Wirtschaft und Verbraucher bezahlt werden. Mit dem Euro kann Wettbewerbsfähigkeit nicht mehr aus Währungsmanipulationen, sondern muss aus Innovation und Produktivität geschöpft werden.

Gibt es andere Bereiche des Vertragswerks, die an die heutigen Herausforderungen angepasst werden müssten?

Anderheiden: Meines Erachtens müssen wir hier ernsthaft überlegen, den Regionen – in Deutschland zum Beispiel den Ländern – mehr Möglichkeiten einzuräumen, direkt und staatenübergreifend aus Brüssel Geld zu beantragen. Im Gegenzug könnten die Regionen dann in die Pflicht genommen werden, die Einhaltung der Defizitkriterien national zu forcieren.

Clostermeyer: Wichtig wäre eine klare und eindeutige Abgrenzung der Kompetenzen mit einem „dualen Kompetenzkatalog“ von EU und Mitgliedsstaaten. Dies kann auch neue Kompetenzen für die EU bedeuten. Bereits bei den Verhandlungen von „Maastricht“ ist Baden-Württemberg für operative Befugnisse von Europol als europäische Polizeibehörde eingetreten.

Was bedeuten die Verträge von Maastricht für Baden-Württemberg?

Anderheiden: Die Vollendung des Binnenmarktes hat Baden-Württemberg zweifellos sehr große Vorteile gebracht. Potenziale sehe ich beim Ausbau der entsprechenden Großraumlandschaften wie der des Donaauraums. Allerdings brauchen die regionalen und kommunalen Verwaltungen dazu kompetentes Personal. An der auch von Baden-Württemberg finanzierten Andrassy Universität Budapest bilden wir entsprechend aus.

Clostermeyer: Für Baden-Württemberg ist die Verankerung des Subsidiaritätsprinzips in den Verträgen von Maastricht besonders wichtig. Danach darf die EU nur tätig werden, wenn die Kräfte der Mitgliedsstaaten nicht ausreichen. Die EU ist für Baden-Württemberg als Industrieland und Forschungsstandort mit Grenzen zu drei anderen Staaten von überragender Bedeutung. Konsequenterweise hat das Land seit Maastricht seine Europafähigkeit ausgebaut – von Bildungsangeboten bis hin zur Entsendung von Mitarbeitern in die EU-Institutionen. Mit einer eigenen Vertretung ist das Land ständig in Brüssel präsent.

Wo besteht Forschungsbedarf zu Maastricht?

Anderheiden: Wir stehen am Beginn der Historisierung von Maastricht: Die Zeitzeugen und Mitwirkenden haben durchweg zumindest den Ruhestand erreicht, die Themen erreichen uns heute in anderen Kontexten, das Wissen um die Wirkungen der Verträge wird deutlich. Das erlaubt einen frischen, transdisziplinären Blick auf die damaligen Verträge, der stärker output- als inputorientiert ist.

Clostermeyer: Integrationsforschung gibt es reichlich, sie ist aber im Wesentlichen deskriptiv und eindimensional. Was fehlt, ist die Vernetzung von unterschiedlichen, für die praktische Europapolitik wichtigen Disziplinen – beginnend beim Europarecht und der Ökonomie, über Politik-, Geschichts- und Kulturwissenschaften bis hin zur Geografie.

Bei welchen Themen sollten die EU-Politiker mehr auf Forscher hören bzw. sich beraten lassen?

Anderheiden: Gerade die EU-Kommission hat sich bei der Lösung praktischer Fragen gut mit Wissenschaftlern vieler Fachrichtungen vernetzt, schwieriger ist die Lage bei den EU-Parlamentariern und anderen Institutionen. Umgekehrt haben die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aber auch noch nicht überall geliefert. So gibt es bisher keine auf die EU systematisch bezogene politische Philosophie, die die EU in den historischen Kontext der politischen Selbstorganisationen setzt.

Clostermeyer: In einer Vielzahl von Wissenschaftsdisziplinen ist das Subsidiaritätsprinzip – politisch, ökonomisch und kulturell – als Schlüssel einer erfolgreichen Integration herausgearbeitet worden. Das sollte sich die Politik immer wieder vor Augen führen. Die EU sollte sich auf die großen Herausforderungen, die nur gemeinsam angegangen werden können, konzentrieren. ■



Wissenschaft trifft Bürgerbeteiligung

Auf dem „Danube Participation Day 2017“ diskutierten Akteurinnen und Akteure aus Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Lokalregierungen und Ministerien über die jüngsten Entwicklungen zur Bürgerbeteiligung. | Von Stefan Barth und Theo Glöckner

Der „Danube Participation Day 2017“ fand am 17. Oktober 2017 an der Andrassy Universität Budapest (AUB) statt. Etwa 120 Vertreterinnen und Vertreter der Zivilgesellschaft, der Wissenschaft, Lokalregierungen und Ministerien aus dem gesamten Donauraum diskutierten im Vorfeld des jährlichen politischen Forums der EU-Donauraumstrategie über die jüngsten Entwicklungen zur Bürgerbeteiligung. Die Veranstaltung wurde zum vierten Mal federführend vom Danube Civil Society Forum in Kooperation mit Foster Europe, der Baden-Württemberg Stiftung und weiteren Partnern organisiert. Gefördert wird die Veranstaltungsreihe im Zeitraum von 2016 bis 2018 im Rahmen des Programms Perspektive Donau: Bildung, Kultur und Zivilgesellschaft der Baden-Württemberg Stiftung.

Seinen Höhepunkt fand der „Danube Participation Day 2017“ in einem bewegenden Beitrag des Autors György Konrád. In seiner literarischen Rede legte der ungarische Schriftsteller dar, was eine/n Europäer/in

ausmacht. Dazu zählen: Neugierde, ständiges Lernen und Diskutieren, mit der Möglichkeit, die eigene Meinung zu revidieren. Laut György Konrád lebt Europa seit jeher von dem Zuzug von Menschen, weshalb Offenheit gegenüber Nichteuropäern eine weitere Eigenschaft von Europäerinnen und Europäern sein sollte.

Der „Danube Participation Day 2017“ bot eine wichtige Möglichkeit für die Zivilgesellschaft des Donauraums, um in den Austausch und die Netzwerkarbeit zu treten. In Zukunft soll laut Stefan Lütgenau, Direktor von Foster Europe und Mitorganisator der „Danube Participation Days“, der Übergang der Veranstaltungsreihe von einem einmaligen hin zu einem prozessorientierten Format erreicht werden. Dafür wurden fünf Partnerschaften für Partizipation gebildet und in fünf Arbeitsgruppen in Budapest bearbeitet (Soziale Innovation und Nachhaltige Entwicklung, Inklusion von Roma-Minderheiten, Wissenschaft und Zivilgesellschaft, Gute Regierungsführung und

Makroregionale Strategie). Diese sollen die Netzwerkarbeit und den Wissensaustausch verstetigen und letztlich in ein „Agenda for Participation“-Netzwerk gefasst werden, das alle vier EU-Makroregionen umfassen soll. Diese Weiterentwicklung wird der kommende „Danube Participation Day 2018“ im Rahmen der Ratspräsidentschaft Bulgariens im Jahr 2018 zeigen. Der diesjährige „Danube Participation Day“ verdeutlichte bereits die Wichtigkeit, europaweit die Bürgerbeteiligung zu stärken.

Partizipation führt zu Akzeptanz bei der Bevölkerung

In seiner Eröffnungsrede hob Rudolf Schicker, zuständig für den Schwerpunktbereich Institutionelle Kapazität und Kooperation für die EU-Donauraumstrategie, die Wichtigkeit der Bürgerbeteiligung für den sozialen Zusammenhalt hervor. Insbesondere in Bereichen wie der Abmilderung der Arbeitslosigkeit und dem Katastrophenschutz ist die Zivilgesell-



Wichtige Voraussetzung für Bürgerbeteiligung: Die EU muss für die Menschen „spürbar“ sein.

schaft ein wichtiger Partner für die Politik. Dr. Andre Baumann, Staatssekretär im Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft des Landes Baden-Württemberg, appellierte an die Zivilgesellschaft, dass diese in den Diskurs mit Regierungen treten solle. An die Politik gewandt mahnte der ehemalige Landesvorsitzende des NABU Baden-Württemberg an, ein offenes Ohr für zivilgesellschaftliche Akteure und deren Ideen zu haben. Regierungen würden für eine offene Haltung gegenüber der Zivilgesellschaft mit einer größeren Akzeptanz belohnt werden.

Partizipation stärkt das Vertrauen der Bürger in die Politik

Neben politischen Reden wurden am Vormittag die neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse rund um das Thema Partizipation vorgestellt. Laut Dr. Zoltán Pallinger, Leiter des Lehrstuhls für Politische Theorie und Europäische Demokratieforschung an der AUB, wird Bürgerbeteiligung vor allem durch die Information zu öffentlichen Großprojekten, die Möglichkeit der offenen Meinungsäußerung und der Mediation zwischen Bürgerinnen/Bürgern und Regierungen ermöglicht. Dies kann zur politischen Bildung der Gesellschaft, zu einem Wissenszuwachs auf Seiten von Regierungen und zu gegenseitigem Vertrauen beitragen. Dr. Zoltán Pallinger unterstrich, dass es in der derzeitigen Phase der Globalisierung besonders wichtig ist, die Interessen der Bürgerinnen und Bürger zu berücksichtigen. Die gesteigerte Komplexität tagesaktueller Themen führe bei weiten Teilen der Bevölkerung zu einer gefühlten Machtlosigkeit, die durch Partizipation abgemildert werden kann.

Clara Moder, wissenschaftliche Mitarbeiterin des Zentrums für Sozialunternehmertum an der Wirtschaftsuniversität Wien (WU), präsentierte die Ergebnisse einer gemeinsamen Studie der WU und der ERSTE Stiftung zur Zivilgesellschaft in Mittel- und Südosteuropa. Die Studie zeigt, dass Fördermittel zu erhalten, die größte Herausforderung für gemeinnützige Organisationen in der Region darstellt, da internationale Förderer zunehmend ihre Geldmittel zurückziehen. Dies ist besonders schwerwiegend, da lokale Fördermöglichkeiten vielerorts selten sind. Außerdem führen zunehmende staatliche Einschränkungen für die Zivilgesellschaft zu einer „Mauer des Schweigens“. NGOs in Mittel- und Südosteuropa konzentrieren sich vermehrt auf die Erbringung von Sozialleistungen und ziehen sich aus der öffentlichen politischen Debatte zurück. Die Studie unterstreicht die Wichtigkeit eines Bewusstseins für eine europaweite Zivilgesellschaft. Mithilfe dieses Bewusstseins können die Herausforderungen wie die staatlichen Einschränkungen und Knappheit von Fördermöglichkeiten effektiv bewältigt werden.

Gisela Erler, Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung des Landes Baden-Württemberg, betonte in ihrer Abschlussrede die Wichtigkeit der Bürgerbeteiligung für das Land Baden-Württemberg. Dies zeigt sich besonders bei aktuellen Transformationsprozessen, wie der Dekarbonisierung der Automobilindustrie. In diesem Zuge führt das Land gemeinsam mit der Mobilitätswirtschaft und der Zivilgesellschaft regelmäßige Gespräche. Bürgerbeteiligung kann laut Gisela Erler zu einer Umkehrung des Kontrollverlustes führen, den breite Teile der Gesellschaft derzeit wahrnehmen. ■

Theo Glöckner ist Mitarbeiter der Baden-Württemberg Stiftung. **Stefan Barth** arbeitet bei der Agapedia gGmbH.



Startpunkt des heutigen Europas

Vom 19. bis 21. Oktober 2017 veranstaltete die Baden-Württemberg Stiftung gemeinsam mit der Andrassy Universität Budapest (AUB) die Tagung „25 Jahre Maastrichter Verträge: Der Startpunkt für das heutige Europa“. Im Spiegelsaal der AUB kamen hochrangige Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Gesellschaft und Wissenschaft zum Erfahrungs- und Gedankenaustausch zusammen. Sie markierte den Abschluss der Förderung der Baden-Württemberg Stiftung für die AUB. Ein kleiner Überblick über Anlass, Ziele und Botschaften der Tagung. | Von Veronika Renkes

Bei Studierenden und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern der AUB und anderer Universitäten in Budapest traf die Tagung zu Maastricht auf regen Anklang. „Großes Interesse an der Tagung hatten die Studierenden der AUB und viele Kollegen und Kolleginnen anderer Budapester Universitäten, die sich rege an den Diskussionen beteiligten. Die insgesamt 150 Teilnehmerinnen und Teilnehmer nutzten die außergewöhnliche Gelegenheit, sich sowohl mit anderen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, als auch mit Experten und Expertinnen aus der Praxis zu vernetzen“, fasst Dóra Frey ihre Beobachtungen zusammen. Für Frey, die als wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Fakultät für Vergleichende Staats- und Rechtswissenschaften an der AUB tätig ist, hat die Tagung

vor allem eines gezeigt: „Die Maastrichter Verträge haben einen Standard gesetzt, auf dem das heutige Europa aufbaut“ – eine Einschätzung, der die Mehrheit der Tagungsteilnehmerinnen und Teilnehmer zustimmte.

Während der wissenschaftlichen Tagung beleuchteten hochrangige Akteure aus Praxis und Theorie die Bedeutung der Maastrichter Verträge für aktuelle und zukünftige Entwicklungen der EU. Die AUB hat sich zu einem wichtigen Zentrum für wissenschaftliche, politische und kulturelle Begegnungen von und mit europäischen Entscheidungsträgern etabliert. Daher ist es konsequent, die Zukunft der EU an diesem besonderen Ort weiterzudenken. Der Modellcharakter der AUB wurde von Christoph



Guido Wolf, Minister der Justiz und für Europa des Landes Baden-Württemberg, und hochrangige Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Gesellschaft, Wissenschaft und Wirtschaft



Guido Wolf, Minister der Justiz und für Europa des Landes Baden-Württemberg, diskutiert mit Studierenden der AUB



Christoph Dahl, Geschäftsführer der Baden-Württemberg Stiftung

Dahl, Geschäftsführer der Baden-Württemberg Stiftung hervorgehoben. Er unterstrich in seiner Rede zur Tagungseröffnung die europäische Bedeutung der AUB, „die für Dialog, Offenheit und Internationalität steht und ein eindrucksvolles Beispiel dafür ist, wie Europa zusammenwächst“. Daher betonte der Geschäftsführer der Baden-Württemberg Stiftung seine Freude über das Engagement des Landes Baden-Württemberg, das die Förderung der AUB mit den Partnern aus Ungarn, Österreich, Bayern und dem Bund ab sofort übernimmt. Während der ersten 15 Jahre des Bestehens der AUB hat die Baden-Württemberg Stiftung gemeinsam mit diesen Partnern aus dem Donauraum die deutschsprachige Universität finanziell wesentlich unterstützt.

Für Prof. Dr. Michael Anderheiden, den Leiter des Lehrstuhls für Europäisches Öffentliches Recht an der AUB und Mitorganisator der Tagung, steht fest: Die vielen Herausforderungen, mit denen sich die Europäische Union derzeit konfrontiert sieht, weisen auf grundlegende Verständnisprobleme unserer Zeit hin. Was ist heute Demokratie? Wie stehen Region, Nationalstaat und Europa zueinander? Welche Identitäten lassen sich parallel entwickeln, welche Spannungen entstehen? Antworten auf diese Fragen können zu einem tiefergehenden Verständnis für die Komplexität Europas und zu neuen Sichtweisen auf Europa führen. Dies – so die Erwartung des Europaexperten Anderheiden – scheint der beste Schutz gegen Popularisierung und Simplifizierung zu sein. Eine Aufgabe, der sich auch die Universitäten stellen sollten. Die Tagung an der AUB leistete hierzu einen wichtigen Beitrag.

Im Vordergrund der Veranstaltung standen Themen wie die europäischen Solidarität, die europäische Außen- und Sicherheitspolitik und die Regionalpolitik. Darüber hinaus wurden wichtige Themen für das Funktionieren der EU, wie die Achtung des Europäischen Gerichtshofes, aufgegriffen. Des Weiteren stand auf der Agenda die Fragestellung, wie die Regionen effektiver in europäische Entscheidungsprozesse eingebunden werden können.

Hochrangige Vertreterinnen und Vertreter aus Ungarn, Österreich und Deutschland belebten die Tagung mit anregenden Vorträgen und Diskussionsbeiträgen und verdeutlichten damit die Bedeutsamkeit des stetigen Austauschs und Dialogs. Einigkeit herrschte bei allen Vertreterinnen und Vertretern über die gewichtige Rolle der AUB in diesem Kontext. Guido Wolf, Minister der Justiz und für Europa des Landes Baden-Württemberg, und Dr. László Palkovics, Staatssekretär für Bildung im Ministerium für Humanressourcen Ungarns, eröffneten die Tagung am Donnerstagabend mit einer politischen Bewertung der Maastrichter Verträge.

Dabei forderte Minister Wolf, die Zukunft Europas wieder aktiv mit einer positiven Vision zu gestalten. Gleichzeitig mahnte er an die EU gerichtet an, sich auf die großen Politikfelder wie die Flüchtlingsthematik und den Klimaschutz zu fokussieren und das Subsidiaritätsprinzip bestmöglich umzusetzen. Die Tagung wurde am Samstag mit einem Roundtable zwischen Dr. Ferdinand von Trauttmansdorff, Botschafter a.D. und Professor für Diplomatie an der AUB, und Jan Sechter vom Außenministerium der Tschechischen Republik zur praktischen Umsetzung der europäischen Regionalpolitik abgeschlossen. Besonders in Bereichen wie der Gesundheitsvorsorge besteht laut Dr. Ferdinand von Trauttmansdorff in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit noch ungenutztes Potenzial, um die Vorteile der EU sichtbarer für die Bürgerinnen und Bürger zu machen.

Integration und Kommunikationskanäle stärken

Die Tagung bot arrivierten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sowie Nachwuchskräften die Gelegenheit, ihre Forschungsergebnisse zu präsentieren. So hielt Dr. Michael Goldhammer vom Lehrstuhl für Öffentliches Recht und Staatslehre der Universität Bayreuth einen Vortrag über das Thema „Europäische Union und nationale Identität“. Für Goldhammer stellen die Maastrichter Verträge einen neuen Integrationsschritt dar. Gerade bei den damaligen osteuropäischen Beitrittsländern sei dies noch sehr präsent. Einwände bezüglich der vertieften Integration begegnete man – so der Jurist – mit der Versprechung der Achtung der nationalen Identität und subsidiärer Kompetenzwahrnehmung. Die juristischen Resultate dieser Versprechen seien dahingehend eher mager. Wesentlich effektiver würden dagegen die politischen Kommunikationskanäle wirken. Umso erstaunlicher sei es, dass die mitgliedstaatlichen Parlamente dieser Rolle nur sehr unterschiedlich gerecht würden.

Die Verträge von Maastricht sind bis heute die Grundlage für zahlreiche wichtige Politikbereiche der EU. Hierzu zählen zum Beispiel: das subsidiäre Zusammenwirken zwischen der EU und den Mitgliedsstaaten, die Zusammenarbeit nationaler und europäischer Institutionen sowie der Einbezug der Regionen. Die Verträge förderten die Zusammenarbeit der westeuropäischen Staaten und ebneten den ehemals sozialistischen Ländern Ost- und Mitteleuropas den Weg in die westliche Staatengemeinschaft. Die neueren Verträge von Amsterdam, Nizza und Lissabon setzten die Ideen von Maastricht fort und machten die EU demokratischer. Der Startpunkt für das heutige Europa wurde allerdings vor 25 Jahren in Maastricht gelegt. ■

Veronika Renkes ist Wissenschaftsjournalistin in Berlin.



Andre Juhász, Minister a.D., Richter am Europäischen Gerichtshof



Prof. Dr. Ulrich Schlie, Ministerialdirektor a.D. im Bundesministerium der Verteidigung, Leiter des Lehrstuhls für Diplomatie II an der AUB im Gespräch mit Dr. Claus-Peter Clostermeyer, Ministerialdirigent a.D. und Vertreter des Landes Baden-Württemberg im Universitätsrat und Kuratorium der AUB



Dr. Ferdinand von Trauttmansdorff Botschafter a.D., Leiter des Lehrstuhls für Diplomatie I an der AUB, und Prof. Dr. Jürgen Dieringer, AUB, Consultant in Brüssel, und Jan Sechter, Botschafter, Außenministerium der Tschechischen Republik

Beilage zur duz – DEUTSCHE UNIVERSITÄTSZEITUNG, 15. Dezember 2017.
Das duz SPECIAL erscheint in der DUZ Verlags- und Medienhaus GmbH.

Herausgeberin dieser Ausgabe:

Baden-Württemberg Stiftung gGmbH
Christoph Dahl, Geschäftsführer
Kriegsbergstr. 42, 70174 Stuttgart
Tel.: +49 (0) 711 24 84 76-0
Fax: +49 (0) 711 24 84 76-51
info@bwstiftung.de
www.bwstiftung.de

Projektverantwortlicher:

Dr. Andreas Weber, Abteilungsleiter Bildung
weber@bwstiftung.de

Projektkoordination:

Theo Glöckner, Referent Bildung
gloeckner@bwstiftung.de

Verantwortliche duz SPECIAL-Redaktion:

DUZ Verlags- und Medienhaus GmbH, Berlin

Koordination und Marketing:

Stefanie Kollenberg, s.kollenberg@duz-medienhaus.de

Konzeption, Text und Redaktion:

Veronika Renkes, v.renkes@duz-medienhaus.de
Johannes Fritsche, j.fritsche@duz-medienhaus.de

Gestaltung und Satz:

axeptDESIGN, Berlin, www.axeptdesign.de

Korrektorat:

Nicole Woratz, Berlin

Fotos:

Andrássy Universität Budapest / Képszerkesztőség: Titelbild, S. 2, S. 6,
S. 8, S. 10–14, S. 17–19 | Wolf Peter Steinheisser: S. 3 | picture alliance/
Sebastian Gollnow: S. 4, oben | KD Busch: S. 4, unten | privat: S. 9, oben |
Krisztián BÓDIS: S. 9, unten | Peter Majercik: S. 15–16

Druck:

SDL Digitaler Buchdruck, Berlin

Verlag:

DUZ Verlags- und Medienhaus GmbH
Kaiser-Friedrich-Straße 90 10585 Berlin
Tel.: 030 2129 87-0
info@duz-medienhaus.de
www.duz-medienhaus.de

Dr. Wolfgang Heuser (Geschäftsführer)
w.heuser@duz-medienhaus.de

Redaktionsschluss:

November 2017

© DUZ Verlags- und Medienhaus GmbH